

Die „Freie Presse“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Überausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Berliner Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Gewinn“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat August 70.— M., im voraus achtlos. Postkassen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Fernsprecher: Danks 1970, 1971 und 1972. Redaktionssekretariat: Dönhoff 2893.

Berlag und Exped. Berlin NSB 40, Kronprinzenufer 27, I.

Die vollständige Konzeptionsliste über deren Raum kostet 25.— M., einschließlich Unterhaltungsbeilage. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 4.— M., jedes weitere Wort 3.— M., einschließlich Unterhaltungsbeilage. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befehle 10.— M. netto pro Zeile. Stellen-Befehle in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 3.— M., jedes weitere Wort 2.— M.

Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192, Berlin SW, 68, Ritterstr. 75, III.

# Freie Presse

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die Politik des Sommers

Von Paul Lange

Ende Juni schien es, als wollten die republikanischen Kräfte Deutschlands sich zu gemeinsamem Kampfe gegen die monarchistische Reaktion zusammenschließen. Es schien, als wolle insbesondere das Proletariat, soweit es in der SPD. und USPD. organisiert ist, die Einheitsfront im Kampfe gegen die schwarz-weiß-rote Schwerindustrie und die Großagrarier, die hinter den Monarchisten stehen, betätigen. Nichts von dem ist geschehen, obwohl eine so günstige politische Situation kaum sobald wiederkehren wird. Eine Situation, in der auch der Spießbürger aus seiner Gleichgültigkeit aufgerüttelt war.

Der Reichstag ist im Juli in die Ferien gegangen. Er kann zwar sich nicht aber kann er die politische Krise in die Ferien schieben. Die Politik ging auch ohne den Reichstag weiter. Die Agrarier gaben Richtlinien heraus, in denen zur Sabotierung des Gesetzes über die Getreideumlage aufgefordert wird. Die bayerische Regierung erließ eine Verordnung, durch die die neuen Reichsgesetze zum Schutze der Republik für Bayern zum größten Teile unwirksam gemacht wurden. Ein Reichsgesetz, das für Bayern unwirksam ist, kann natürlich auch in den andern deutschen Ländern nicht die nötige Autorität haben. Was geschah nun mit der bayerischen Regierung, die sich den verfassungsmäßig zustandekommenen Gesetzen nicht fügt? Ihr geschah nichts, aber die Berliner „rote Page“ wird von der preussischen Regierung verboten, weil sie der bayerischen Regierung vorgeworfen hat, diese treibe Hochverrat am Deutschen Reiche. Was geschieht mit Bayern? Wird die Reichswehr nach München geschickt, wie es die Reichsregierung im Jahre 1919 und wie sie es in jenem Jahre auch gegen die Bundesstaaten Braunschweig, Bremen und Gotha tat? Nein, denn die Reichswehr würde wohl gegen proletarische, nicht aber gegen monarchistische Rebellen marschieren. Wie die republikanischen Parteien dem Konflikt, d. h. der Reichstagsauflösung, aus dem Wege gingen, so ging nachher die Reichsregierung dem Konflikt mit Bayern aus dem Wege. Der Reichspräsident Friedrich Ebert verhandelte jetzt mit dem bayerischen Ministerpräsidenten ähnlich wie vor genau 600 Jahren der deutsche König Friedrich III., der im Jahre 1322 von seinem deutschen Gegenkönige, dem Herzoge Ludwig von Bayern, bekriegt und gefangen, nachher aber von ihm als Mitregent anerkannt wurde. Um mit der Münchener Regierung zu einer „Verständigung“ zu kommen, gibt die Berliner ihrerseits die Beschlüsse des Reichstags wenigstens zum Teil preis. Die Münchener beruft sich aufs „Volk“, die Berliner aber gibt Erklärungen ab, die nichts weniger als demokratisch sind.

Ausgerechnet am 11. August, dem Verfassungstage, erklärte die Reichsregierung, ihre Politik sei nicht planmäßig darauf gerichtet, die Zuständigkeiten der Länder fortschreitend einzuschränken und das Reich immer mehr zum Einheitsstaat zu gestalten. Die Reichsregierung meint, diese Entwicklung habe nach menschlichem Ermessen ihren Endpunkt erreicht. Die Verfassung vom 11. August 1919 verkündet, die Staatsgewalt gehe vom Volke aus. Am Verfassungstage 1922 las das deutsche Volk aus der zwischen der deutsch-preussischen Regierung einerseits und der deutsch-bayerischen Regierung andererseits getroffenen Vereinbarung, daß die Politik beider Regierungen gewisse Ziele hat, die nicht zum Einheitsstaat führen. Das Volk wird wieder regiert! Die Zugeständnisse, die die Reichsregierung an die Münchener Regierung gemacht hat, hätte sie vom demokratischen Standpunkte aus überhaupt nicht geben dürfen, denn in einem demokratischen Staatswesen hat über die künftige innere Ausgestaltung das Volk und nicht die Regierung zu entscheiden.

Der Wille, auf alle Fälle einem Konflikt und der Reichstagsauflösung zu entgehen, hat die republikanischen Parteien und die Reichsregierung in eine keineswegs beneidenswerte Situation hineingeworfen. Das merken nicht nur ihre Gegner, sondern auch ihre Anhänger. Die Gerechtigkeit gebietet, anzuerkennen, daß nicht nur bei der USPD., sondern auch bei der SPD. und den bürgerlichen Demokraten Leute genug vorhanden sind, die es tief beklagen, daß der Feindhandelschuh von den Republikanern nicht aufgenommen worden ist, den die Monarchisten hingeworfen hatten. Zeichen der Zeit sind die inzwischen wieder außer Kraft gesetzten Verbote einiger USPD.-Zeitungen und die Verhaftungen mehrerer USPD.-Redakteure wegen „Landesverrat“. Der Kampf gegen die Monarchisten

## Oesterreichs Verzweiflung

Direkte Verhandlungen mit Berlin und Prag

### „Um die Existenz des Staates“

Wien, 19. August. Bundeskanzler Seipel empfing gestern und heute Vertreter der Entente-Mächte, um sie auf die durch den Ausbruch der Londoner Konferenz geschaffene Lage aufmerksam zu machen. Durch die neuerliche Verweisung der österreichischen Kreditaktion an den Völkerbund und durch die ohne Schuld der österreichischen Regierung eingetretene Verzögerung in der Gründung der neuen Notenbank sind die Schwierigkeiten, mit denen Oesterreich zu kämpfen hat, nur noch verschärft worden. Im Zusammenhang mit der allgemeinen Weltlage erscheint das österreichische Problem nicht mehr als rein finanzielles, sondern als vorwiegend politisches. Da hierdurch nach der Auffassung der österreichischen Regierung die Ausrottung der mitteleuropäischen Krone in nächster Nähe gerückt erscheint, hat sich die Regierung entschlossen, persönliche Verhandlungen mit den führenden Staatsmännern der drei Nachbarstaaten, die für die Gestaltung der mitteleuropäischen Lage die größte Bedeutung haben, zu suchen. Sie ist daher mit Berlin, Rom und Prag in Verbindung getreten.

Die Abendblätter schreiben, die gesamte österreichische öffentliche Meinung werde die Entschlossenheit begrüßen, mit der die Regierung endlich die österreichische Frage unter Beiseitelassung aller bisher geliebten Rücksichten vor das europäische Forum bringe. Oesterreich habe mit dem jetzt unternommenen Schritt nur das getan, was angesichts der augenblicklichen Lage dringend notwendig geworden sei; denn es handele sich um nicht mehr, und nicht weniger als um die Existenz des Staates.

Der Schritt der österreichischen Regierung sei ein Beweis für den festen Willen, nichts zu unterlassen, was das Land vor dem völligen Zusammenbruch bewahren könne. Von den Verhandlungen in Prag und Berlin und von der Entscheidung der italienischen Regierung dürfe das Schicksal der wirtschaftlichen Gestaltung Oesterreichs in der nächsten Zeit abhängen.

Die „Neue Freie Presse“ erklärt: Der Besuch Dr. Seipels in der Hauptstadt des Deutschen Reiches stellt die umfassende Gemeinschaft der Interessen und den engen Zusammenhang klar, der zwischen den beiden Nachbarstaaten besteht, die von einer Nation bewohnt werden, in denen eine Sprache erblüht und in denen sich Denken und Fühlen begegnen. Die Grenzen, die in St. Germain gewaltsam aufgerichtet wurden, können die Gemeinsamkeit der Empfindungen und den Zusammenhang der Lebensgrundlagen nicht verhindern.

### Vorbereitung für die Reparationskommission

(DA.) Berlin, 19. August. In den einzelnen Ressorts des Auswärtigen Amtes, des Wiederaufbauamts, des Reichsfinanzministeriums und des Wirtschaftsministeriums wird, wie die „Dena“ hört, mit großem Eifer an der Vorbereitung für die Verhandlungen mit den Mitgliedern der Reparationskommission gearbeitet. Heute in den späten Abendstunden wird noch eine Chefsprechung unter Vorsitz des Reichskanzlers unter Beteiligung der Ressortvertreter stattfinden, in der das Material für die Beratungen mit der Reparationskommission zusammengestellt werden soll. Die Frage der Pfänder, die von französischer Seite für das Moratorium gefordert werden, wird mit allem Ernst von der Reichsregierung geprüft. Es ist selbstverständlich und im Begriff des Pfandes gegeben, daß als Pfandobjekte nur solche Dinge in Frage kommen können, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der deutschen Republik nicht noch mehr schwächen. Dieser Grundsatz liegt auch im Interesse der Alliierten, da jede Schwächung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands gleichbedeutend sein muß mit einer Verminderung der Reparationsleistungen.

### Halbjahrsamoratorium für Deutschland

Die Frage der produktiven Pfänder

(EE.) Paris, 19. August. Die von der Reparationskommission nach Berlin abgeordneten Bevollmächtigten Bradbury und Maucière sowie der stellvertretende Generalsekretär Gergery und der Finanzhauptverständige Feilstein reisen heute abend. Bei ihren Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister Dr. Hermann werden sie sich, wie in

politischen Kreisen mit Bestimmtheit angenommen wird, bemühen, für das neue Moratorium, das die Zahlungen vom 15. August bis 15. Dezember einschließlich umfassen soll, als Gegenwert produktive Pfänder zu erlangen, damit bei der Abstimmung über das Moratorium im Schoße der Reparationskommission Einstimmigkeit herrscht. Man nimmt an, daß die Abgeordneten der Reparationskommission bis Freitag nacht zurückkehren werden, so daß die Kommission noch am Sonnabend ihre Entscheidung fällen könnte.

### Interalliiertes Schuldennachlaß

(EE.) Paris, 19. August. Der „Temps“ erklärt, daß das Reparationsproblem nur im Zusammenhange mit dem Problem der interalliierten Schulden gelöst werden könne. Infolgedessen würden sich drei Stadien der Erörterung ergeben: nämlich: Die Teilung der deutschen Schulden in zwei Abschnitte, die Festsetzung des Zinsfußes der Amortisationsrate für den ersten Abschnitt, Bestimmung, in welcher Höhe Deutschland Naturalieferung zu leisten habe und Bestimmungen, unter denen der zweite Teil der Schulden annulliert werden könne. Und zwar könnte dies in demselben Verhältnis geschehen, wie Deutschland auf den ersten Teil seiner Schulden Zahlungen leistet. Sodann käme das zweite Stadium: Die Alliierten müßten die Kriegsschulden gegenseitig nachlassen. Frankreich sei hierzu bereit, sobald dieser gegenseitige Schuldennachlaß Tatsache geworden sei. Eventuell würde ein Schuldennachlaß in Höhe von 75 Prozent genügen. Wie dies die Rote Front Vaisours fordere, könnte die von der Reparationskommission vorbereiteten Maßnahmen durchgeführt werden. Abdann würde man in das dritte Stadium eintreten: Die Regelung der Schulden gegenüber den Vereinigten Staaten. Dieses Stadium bleibe einstweilen vorbehalten. Die anderen von der Reparationskommission vorbereiteten Maßnahmen könnten verwirklicht werden. Und sie ließen sich durchführen, wenn die Alliierten gegenseitig auf die Schuldentrückzahlung verzichteten. Der „Temps“ fragt, warum die Reparationskommission sich nur mit dem Moratorium befassen wolle, ohne sich auf den großen Weg zu begeben, den das französische Reparationsprogramm eröffne.

### Ins eigene Fleisch geschnitten

Paris, 19. August. Wie sich der „Temps“ aus Straßburg melden läßt, konstatiere man in der öffentlichen Meinung eine Bewegung gegen die „Retorik“, die am 5. S. gegen die in Elsaß, Lothringen wohnhaften Deutschen ergriffen worden sind. Die Presse nehme ohne Unterschied der Partei oder der Religion Stellung gegen die Ausweisung und die Sanktionierung der deutschen Guthaben. In der „Neuen Straßburger Zeitung“ wiederholte der Aba. Frey, was er schon früher gegen die Sanktionen eingewandt habe, und bestände sich damit plötzlich in Uebereinstimmung mit seinen radikalen Gegnern. Die katholischen Rettungen führten die gleiche Sprache, ebenso das Organ der Sozialisten, das die Haltung der Kommunisten unterkreide. Die ein Manifest publiziert und am Freitag Abend eine Protestversammlung gegen die Ausweisungen veranstaltet hätten. Wie der „Temps“ hinzufügt, seien die Maßnahmen, die der Ministerpräsident angeordnet habe, in verschiedenen Punkten gemildert worden. Da zum Beispiel die Reparationskommission von Saarbrücken zugunsten der recht zahlreichen in Elsaß-Lothringen wohnhaften Saarländer interveniert habe, sei ihr anscheinend die Verschärfung gegeben worden, daß deren Personen und Güter von der Maßregel nicht berührt werden.

### Die Lohnregelung der Reichsarbeiter

Die Einigung über die Erhöhung der Löhne für die Arbeiter bei der Reichsverwaltung und in den Reichsbetrieben ist heute abend zustande gekommen. Die Lohnerhöhung beträgt bei mehr als 24jährigen Arbeitern im allgemeinen in Ostklasse A 11 Mark in der Stunde, bei mehr als 24jährigen Arbeiterinnen in derselben Ostklasse 7,25 Mark in der Stunde.

ist Landesverrat, der nach den Strafgesetzen der Republik und durch die republikanischen Justizbeamten verfolgt wird.

Der Reichstag ist auf vier Jahre gewählt. Seine Amtsdauer muß also einmal zu Ende gehen. Will man es auf alle Fälle dem Zufall überlassen, welche politische Situation zeitlich mit dem normalen Ende der Amtsdauer des Reichstags zusammenfällt? Nach vier Jahren, d. h. im Frühjahr 1924, muß neu gewählt werden. Die proletarischen Parteien müssen

aber nicht unter allen Umständen dafür sorgen, daß diese vier Jahre bis auf den letzten Tag ablaufen, bevor das Volk wieder zur Wahlurne gerufen. Mögen die Republikaner im Reiche künftig soviel Entschlossenheit zeigen, wie die Monarchisten in Sachsen, die vor dem Rathenau-Mord die Auflösung des sächsischen Landtags begehrt hatten, weil ihnen damals die Situation günstig erschien. Nicht auf alle Fälle einen Konflikt schaffen, wohl aber ihn durchkämpfen, wenn er unvermeidlich ist.



# Dollar = 2000 Mark

Wir heulen, schreien und jodeln vom armen Proletariat; inzwischen aber wadelt die letzte Taler aus dem Sack.

Gottfried Keller (1847).

Dollar zweitausend — bald ist es soweit. Und das Katastrophale ist nur, daß die Entwertung des Geldes nicht gleichmäßig mit dem Dollar Schritt hält — sondern daß alles hant durcheinander geht: der eine steigt um hundert Prozent und der andere um zweihundert, und der um die Hälfte und der wenig, und der gar nicht, weil er die Macht nicht hat.

Der erste ist der Mann mit den Lebensmitteln. Und er kann das, weil die andern müssen. Die sofortige Steigerung der Butter, der Milch, des Fleisches ist in keiner Weise gerechtfertigt — hier ist der Dollarkurs nur Anlaß, nicht Ursache. Eine bessere Ausrede können die Leute gar nicht finden. Nun bekenne ich ja bescheiden, daß ich gar nichts mehr von der Volkswirtschaft verstehe, seit mir neulich ein großer Getreidehändler auseinandergesetzt hat: Wucher gibt es gar nicht. „Wucher“ — das ist nur ein Schlagwort für Versammlungspredner. Schade — wenn er nicht in die Theaterloge hätte gehen müssen, so wäre er mir vielleicht gefolgt, und ich hätte ihm die Arbeiterquartiere gezeigt, in denen es keinen neuen Stuhl gibt, keine neuen Kleider, keine Schuhe, kein ganzes Stück Bäckerei — Wucher... nein, den gibt es nicht. Den haben wir uns ausgedacht.

Was nun? Die Gefahr liegt klipp und klar vor uns: Geht das so weiter, so setzt es Unruhe. Gibt es die, weil weite Schichten sehen, daß nichts — aber auch nicht das Beste geschieht, um einen geradezu schamlosen Wucher abzudrosseln, so ist gleich ein ganzes Rudel „Ordnungsmänner“ auf dem Plan. Kinder sterben, weil sie keine Milch haben — alte Leute müssen noch einmal das Trugbündel auf die Schulter nehmen und arbeiten, bis sie zusammensinken — stinkende Rätter sind in Verzweiflung — den Schreibern guckt der Kermel durch die blaute Jade — jeder sieht an sich herunter und sagt: „Nun geht der Stiefel aber wirklich nicht mehr!“ — und er muß doch noch gehen — — sie aber rufen: „Ruhe und Ordnung!“ Ruhe und Ordnung...? Jeder Mann sein eigener Wucherer. Das ist freilich auch eine Ordnung.

Und es ist mehr als wahrscheinlich, daß jede eingekaufene Feuerscheibe dazu dienen muß, der Reichswehr und ähnlichen Ordnungsorganen aufs neue die Existenzberechtigung nachzuweisen. Wenn bei uns die Menschen vor Hunger schreien, weil sie nicht mehr gerade stehen können, dann nennt man das „Kommunismus“ — und so viel Kustände und so viel Kommunismus gibt es gar nicht, wie sich eine gewisse Klasse bei uns herbeiwünscht. Und weil der Arbeiter nicht den geeigneten Stumpfsinn des Mittelstandes aufweist, jener bürgerlichen Schicht, die heute zwischen oben und unten zerrieben wird und wehklagt und jammert — aber sich zu keinem Handeln aufrufen kann, es sei denn zu dem, auf die Arbeiter zu schimpfen — deshalb wird der Arbeiter diese Teuerung letzten Endes auszubaden haben.

Die Gefahr ist unendlich groß. Man braucht nicht einmal an Verzweiflungszustände undersonnener Elemente zu denken, die mit ihrem entwerteten Geld nicht mehr ein noch aus wissen — es genügt schon die unaussprechlichen kräftigen Lohnbewegungen, um die Hüter der Ordnungellen auf den Plan zu rufen. Sie warten nur auf das Chaos, das ihre Wirtschaftspolitik selbst heraufbeschworen hat. Und deshalb rufen wir den Arbeitern zu:

Seid auf der Hut! — Lacht euch nicht provozieren! Wer sich jetzt an euch herandrängt, um euch Irrsinnstuden anzuraten, ist entweder bezahlt oder ein Wahnsinniger. Hände weg —!

Womit keineswegs gesagt ist, daß wir in Temperamentslosigkeit verharren sollen, bis es den hohen Herren in der Burgstraße gefällt, den Dollar noch höher hinaufzutreiben. (Viel höher, als ihn zum Beispiel Amerika im Vergleich zur Mark bewertet.) Die Reichspresse, der die Abonnenten (Beamte) die Ohren vollwimmern, weil es mit dem Gehalt nicht mehr gehen will, sagt bereits: Es muß etwas geschehen. Aber — — es darf nicht sozialisiert werden! — das heißt: es soll alles beim alten bleiben.

Und hier liegt der Kern alles Übels. Die Finanzpolitik dieses Landes ist verfahren, seit Erzbergers Wirken. Die Politik dieses Landes ist verfahren, seit Erzbergers Wirken. (Geschmack — aber er hat wenigstens etwas gewollt: eine einigermaßen gerechte Steuerverteilung. Und nichts macht in der gesamten Welt so viel Eindruck, nichts ist jetzt bei der französischen Propaganda in Amerika zugkräftiger gewesen, über nicht sind die Engländer mehr erobert, als über eine Talsache —)

In Deutschland zahlen die Besitzenden zu wenig Steuern.

So, wie in den überorganisierten Krankenkassen der gesunde Arme für den kranken Armen sorgt, und der Bemittelte aus dem ganzen Kram heraus ist — so wälzt dieser bankrotte Staat Reform auf Reform, die nur dem einen Anglick aus dem Wege geht: durch eine vernünftige Steuerbegleichung, die sich im Gegensatz zur geltenden wirklich durchführen läßt, den Besitzenden zu erfassen. Die Finanzämter sind unachtsam mit dem kleinen Gehalt — die Steuerpezialisten für den Dollarschlecker sitzen auf der anderen Seite: auf der Seite des Privatmannes, der hinterstehen will. Und der hinterzieht. Du zählst. Der Landmann, der Großunternehmer — sie geben frei aus.

Sämtliche „Aufklärungsverläge“ der Schellingstraße in Berlin, alle diese „Eigen“ und „Anturverbände“ und „Arbeitsgemeinschaften“ beweisen in diesen Broschüren, die keine Millionen kosten, wie unfähig die Volkswirtschaft ihre Wirtschaftspolitik machen. Der Kapitalismus soll sich an seine Kasse lassen. Zwei ungeheure Blamagen seines Wirkens liegen vor: Wien und Berlin. Die Krone und die Mark zeigen seine Pleite an, sein Unvermögen und seinen bösen Willen.

Die Banken schwellen an. Der Dollar steigt. Im Hintergrund liegen die Kapelleure und warten.

# Zum Verbot der „Roten Fahne“

Wie die P. P. A. hören, sind beim preussischen Ministerium des Innern wiederholt Vertreter der kommunistischen Partei vorstellig geworden, um die Aufhebung des Verbots der „Roten Fahne“ herbeizuführen. Die Regierung hat sich gern bereit erklärt, darüber zu verhandeln, aber nur mit dem bestimmten Vertreter der „Roten Fahne“ selbst. Eine Aufhebung oder Verkürzung des Verbotes müsse vorausgehen, daß die „Rote Fahne“ wie seinerzeit der „Berliner Volksanzeiger“ die Erklärung abgibt, daß sie keine Beschimpfung der republikanischen Regierungen im Sinne des § 8 des Schutzgesetzes fortzusetzen beabsichtige.

Für die „Rote Fahne“ wird jetzt auch in Berlin vielfach die „Rote Fahne für Brandenburg und die Pommern“ verbreitet. Ein Verbot dieses Blattes kommt vorläufig nicht in Frage. Das Verbot der „Roten Fahne“ umfaßt nur solche Blätter, die etwa neu herausgegeben werden würden, um die „Rote Fahne“ zu ersetzen. Das genannte Blatt besteht aber schon seit langem und kann deshalb, solange es nicht selbst Gründe zum Verbot gibt, verbreitet werden.

Soweit die Auslassungen der P. P. A. Wenn die preussische Regierung die Aufhebung oder Verkürzung des Verbots der „Roten Fahne“ von einer Erklärung des Blattes in dem angegebenen Sinne abhängig macht, so erinnert dies sehr stark an die widerwärtigen Zumutungen, die während der Kriegszeit von den General-Kommandos an die Redaktionen gestellt worden sind. Im übrigen war selbst der „Vorwärts“ der Auffassung, daß das Verbot der „Roten Fahne“ in keiner Weise gerechtfertigt sei, namentlich deshalb nicht, weil das Ansehen dazu von Bayern ausging, das selbst das Gesetz zum Schutze der Republik nicht anerkennt.

# Auf zum Protest gegen die Moskauer Todesurteile!

Große öffentliche Versammlungen am Dienstag, den 22. August 1922, abends 7 1/2 Uhr, in folgenden Lokalen:

Kliems Festsäle, Hasenheide 13/15, Viehhofbörse, Eldenaer Straße, Germania-Säle, Chausseestraße 110, Sadi-theater, Alt-Moabit 47/49.

Es werden sprechen: Dr. Kurt Rosenfeld, Alex. Stein, Dr. Julius Moses, Adolf Braun, Heinrich Ströbel, Erich Kutner, Heilmann Eintritt 1 Mark

Männer und Frauen erscheint in Massen!

USPD.-Bezirksverband Ber.in-Brandenburg SPD.-Bezirksverband Groß-Berlin Gewerkschaftskommission Groß-Berlin

# Lenzsch endlich ausgeschlossen

Paul Lenzsch, der sich vom Ueberrodikalen bis zum Chefredakteur der „Sinnlichen“ Deutschen Allgemeinen Zeitung“ entwickelt hat und in seiner Eigenschaft als Leiter des Sinnlichen Blattes sich der Interessen seines Herrn und Meisters stets treu ergeben hat, wurde nunmehr aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Das Verlangen nach Ausschluß Lenzschs war schon wiederholt und schon seit langer Zeit von sozialdemokratischen Organisationen gefordert worden.

# Justiz gegen Schürer der Republik

Gegen eine Reihe von Funktionären der Arbeiterschaft in Wetzlingen ist Anzeige erhoben, weil sie anlässlich der Demonstration gegen die Ermordung Rathenaus und zum Schutze der Republik den Eisenbahntreter Krause und den Bürgermeister von Wetzlingen, beides Reaktionäre vom reinen Wasser, energisch aufforderten, sich an der Demonstration zu beteiligen. Diese kamen der Aufforderung nach. Nachträglich aber stellten sie Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs, Nötigung, Transportgefährdung usw. Die Anklagebehörde leitete ihren Antrag an die Staatsanwaltschaft. Angeklagte wurden der Gewerkschaftssekretär Buchholz (SPD.), der gleichzeitig stellvertretende Amtsvorsteher ist, das Magistratsmitglied Genosse Heinrich Meier, der Obmann der Wohnbaukommission, Genosse Karl Deuge, der Gemeindevorsteher Walter Weber (SPD.) und andere. Was aber auch der Demonstration, der „Nötigung“, dem „Hausfriedensbruch“ und der „Transportgefährdung“ vorant? Am Tage nach der Ermordung Rathenaus fand in Wetzlingen ein Schüssensch mit all dem reaktionären Krimbim statt, wie er in der Regel diesen Festen eigen ist: Schwarzweiß-rote Fahnen, Parademarsch, Präsentieren des Gewehrs, Abschießen der Front durch den „König“, Schießen, Freudenmarsch usw. Die Funktionäre der Wetzlinger Arbeiterschaft nahmen sofort Stellung zu diesem Sachverhalt und legten sich dann mit der Regierung in Verbindung. Es traf dann nach kurzer Zeit ein Telegramm ein, worin mitgeteilt wurde, daß an den Landrat von Gerdlingen die Anweisung ergangen sei, den Wetzlinger Amtsvorsteher zu veranlassen, das Schüssensch aufzuheben. Durch dessen Schuld das amtliche Telegramm nicht rechtzeitig eintraf, bedarf der näheren Untersuchung. Offenbar liegt hier ein Sabotageakt vor. Die Funktionäre der Arbeiterschaft fühlen sich verpflichtet, die Schüssengesellschaft aufzufordern, die schwarzweiß-rote Fahnen einzuziehen und das Schießen einzustellen. Die Schüssengesellschaft aber schlägt Alarm. — Unter Schwägungen auf Rathenau, unter denen sich besonders der Eisenbahntreter Krause hervorhat, wurden die Interessensvertreter der Republik von dieser reaktionären Gesellschaft aus der Schießhalle hinausgeworfen und oben-dreim noch verurteilt.

Wir wollen zunächst abwarten, ob das Verbot für diese provokatorischen Vorgänge einigermassen Verständnis an den Tag legt. Die Staatsanwaltschaft ist bekanntlich die „objektive Behörde“. Die Verurteilung milder. Sie werden in Würdigung der äußeren „subjektiven“ Behandlung, die den Anklagten bei ihrem Verbrechen widerfuhr, den Anordnungen der Regierungsmasse in Magdeburg Geltung zu verschaffen, wohl etwas anders urteilen müssen, als es die provokatorischen Kläger erwarten.

# Wo die Eisenbahnverwaltung verjagt

In der Dessenlichkeit wird so oft und gern von dem angeblichen Defizit der Eisenbahnverwaltung gesprochen. Es bedarf keinen besonderen Hinweises, daß dieses Defizit tatsächlich eine Folge des unheimlichen Raubbaus während des Krieges ist. Wie man z. B. in den Eisenbahndirektionen mit Reichsmitteln — soweit Schrott in Frage kommt — wußt wirtschaftet, gestatte ich mir in folgendem Beispiel anzuführen.

Im Eisenbahndirektionsbezirk Trier sind vor vielen Wochen 102 ausrangierte Lokomotiven mit der Bestimmung Nühheim (Ruhr) verkauft worden. Die meisten dieser Lokomotiven haben kupferne Feuerkisten. Einzelne Maschinen aus ehemals belgischem Besitz sind mit Messingröhren versehen. Der Käufer ließ diese Maschinen in Darmstadt-Monheim und anderen Bahnhöfen aufstellen, wo sie heute noch stehen. So könnte z. B. die Güterfasse Mannheim nachweisen, daß als Standgeld der Betrag von 80000 M. im Voraus gezahlt worden ist. Unser Gewährsmann stellt im Hinblick hierauf die Frage, was der Unternehmer daran verdienen mag, daß er einige Monate das so notwendig gebrauchte Schrott von 102 Lokomotiven zurückhält? Er fragt weiter, ob es notwendig war, daß die Eisenbahnverwaltung sich unbedingt eines Zwischenhändlers bedienen mußte, und die Lokomotiven nicht gleich direkt an eine Gießerei verkaufen konnte. Gilt es hier auch, daß eine Hand die andere wäscht? Außerdem muß dazu bemerkt werden, daß die Eisenbahnhauptwerkstätten auch mit autogenen Schweißapparaten und elektrischen Hebekränen ausgerüstet sind, diese alten Lokomotiven also ebenso wie die Privatindustrie zerlegen konnten und die einzelnen Metalle entweder zum Marktpreis verkaufen oder aber im eigenen Betriebe wieder verwerten hätten können. So werden ungeheure Gewinne in die Hände des Großkapitals gespielt und die Allgemeinheit grenzenlos geschädigt.

# Eine Antwort an die Kommunisten

W.) In der Moskauer „Prawda“ vom 28. Juli ist eine offenbar parteioffizielle Anfrage an die Sozialdemokratische Partei Rußlands gerichtet, die in der „Roten Fahne“ vom 9. August wiedergegeben wird. In dieser Anfrage wird mitgeteilt, daß am 27. März in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Sozialdemokratischen Auslandsdelegation und der Sozialrevolutionären Zentrale stattgefunden habe. Auf dieser Sitzung sei die Krone über den Block beider Parteien auf der Berliner Konferenz der drei Internationalen“ aufgerollt worden. Einige Heften weiter wird bereits von einem „politischen Abkommen“ dieser beiden Parteien gesprochen, und die Anfrage an die menschenwürdige Partei gerichtet, ob sie es auch nicht noch für möglich halte, den politischen Block mit der Sozialrevolutionären Partei aufrecht zu erhalten, und es für angebracht erachte, den Verzicht auf die Todesstrafe gegen die Mitglieder dieser Partei zu fordern.

Als Antwort auf diese Anfrage, die unabweisliche Drohungen an die Adresse der aktiven Sozialdemokraten oder sonst in Rußland tätigen Genossen enthält, veröffentlicht der „Sozialistische Wochenspiegel“ eine Erklärung des Büros des Sozialdemokratischen Zentralkomitees, in der es sich an einer ausführlichen Antwort bereit erklärt, wenn der Wortlaut des erwähnten Berliner Protokolls, dessen Widersprüche schon jetzt in die Augen springen, veröffentlicht wird. Aber schon jetzt erklärt das Büro folgendes:

- 1. Das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands trägt die volle politische Verantwortung für die Handlungen seiner Auslandsdelegation.
- 2. Wir erklären kategorisch, daß wir in keinem politischen Block oder Bündnis mit der Sozialrevolutionären Partei standen oder stehen, da unsere Partei von ihr durch tiefgehende grundsätzliche und tatsächliche Meinungsverschiedenheiten getrennt ist, die den Leuten in der Redaktion der „Prawda“ sehr wohl bekannt sind.

In einem weiteren Punkte erklärt das Büro des Zentralkomitees, daß es nach wie vor die Aufhebung der Todesstrafe für die Sozialrevolutionäre fordere, da dieses Urteil eine Schmach für die Revolution und den Sozialismus sei, die einen unüberwindlichen Abgrund zwischen dem westeuropäischen Proletariat und Sowjetrußland zetteln und die Idee der proletarischen Einheitsfront für immer vernichten würde.

Unser Falcha gefallen. Dießigen Blättern zufolge soll Unver Palcha während der letzten Kämpfe in Mittel-Asien gegen die Bolschewiken gefallen sein. (Wohlfühl.)

Verantwortlich für die Redaktion Emil Haack, Berlin; für den Verlagsbetrieb und geschäftliche Mitteilungen: I. A. G. Müller, Berlin; Verlags-Gesellschaft „Breitens“, z. B. m. b. H., Berlin. — Druck von Gering & Reimer, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Riesenstraße 76.



Hausfrauen sollten — ein dringend Gebot! Teilwaren kaufen als Helfer in Not! Die haben am meisten nützende Kraft! Und sind mit weniger Kosten beschafft!

Zähne 30 u. 35 Mk. mit Friedenskautschuk 3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 60 Mk. an Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspfeife! Zahn-Praxis Halvani, Hauptstr. 1 (Hochhausstation). In den letzten 3 Jahren über 2000 Gebisse zur völligen Zufriedenheit geliefert.



# Das Kleingartenwesen in Groß-Berlin

Die Einführung des Reichsgesetzes „Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung“ vom 31. 7. 1919 in Berlin konnte nicht so schnell und glatt sich erledigen lassen, wie das beabsichtigt war. Beim Inkrafttreten des Gesetzes war Berlin 638,92 Hektar groß. Nach Bildung der neuen Stadt Berlin am 1. 10. 1920 umfaßt seine Fläche 87744,22 Hektar. Diese gewaltige Flächenzunahme in Verbindung mit den verschiedenen Entwicklungsgraden der Verwaltungs- und vornehmlich Wohlfahrtsrichtungen der neu hinzugekommenen Gemeinden machte den mit der vorläufigen Bearbeitung des Kleingartenwesens betrauten Aemtern eine sehr vorstichtige und aufmerksame Orientierung zur erstbitten Pflicht, damit nicht durch übereilte Maßnahmen Werte verfehlt wurden, für die in den Einzelgemeinden schon erhebliche Aufwendungen gemacht waren.

Diese notwendige Rücksichtnahme auf örtliche Verhältnisse führte dazu, das Hauptgewicht der Fürsorge für die Kleingärtner in die Bezirke zu verlegen und in der Zentrale nur die allen Bezirken gemeinsamen Aufgaben zusammenzufassen. Zu diesem Zwecke wurde ein zentrales Kleingartenamt bei der Deputation für Siedlungs- und Wohnungswesen gebildet; den Bezirken dagegen wurde die Schaffung von Bezirkskleingartenämtern den gegebenen Verhältnissen entsprechend aufgegeben, damit in Verbindung mit den zugleich eingerichteten Kleingartenchiedsgerichten eine genaue Befolgung der reichsgesetzlichen Vorschriften durchgeführt werden konnte. Zu den Obliegenheiten des Zentralkleingartenamtes gehören vornehmlich alle Bearbeitungen der durch Gesetz oder Verordnung der unteren Verwaltungsbehörde zugewiesenen Aufgaben, soweit sie dem Magistrat vorbehalten sind, insbesondere die Anerkennung der Gemeinnützigkeit der Vereine, Herbeiführung der Zwangspachten sowie die Nachprüfung der durch die Bezirksverwaltungen festgesetzten Pachtpreise, sodann Aufstellung von Richtlinien, Schaffung von Ueberwachungsstellen der mit Kleingärten belegten oder zu belegenden Gelände. Die Tätigkeit der Bezirkskleingartenämter dagegen erstreckt sich auf die amtliche Befreiung der Pachtverträge, auf Vorschläge und Einrichtung der Anlage von Kleingärten und Kleingartenkolonien, Anregung und Ausführung von Zwangspachten, Beratung der Kleingärtner usw. Diese Arbeitsteilung überträgt die Initiative für die Schaffung von Kleingärten an die Bezirke, denen damit ein weites Arbeitsfeld gegeben ist.

Seit April 1922 ist das zentrale Kleingartenamt Berlins dem Städtebauamt als besondere Abteilung angegliedert. Diese Angliederung ist gegeben durch die Tatsache, daß das Kleingartenwesen eine Teilaufgabe des Städtebaues bildet, denn die Hauptfragen, die gegenwärtig die Kleingartenkreise beschäftigen, sind städtebaulicher Art. 1. Anlage bzw. Bestimmung von Dauerkolonien. 2. Die Dauerwohnlandsfrage. 3. Die Landbeschaffung. — Diese drei Punkte können nun allerdings als grundlegend für die Kleingartenwirtschaft überhaupt angesehen werden. Sie hängen mit der zukünftigen Entwicklung Berlins so hart zusammen, daß sie folgerichtig auch nur durch das Städtebauamt gefördert werden können, dem die Aufsicht über die Aufstellung der Bebauungspläne, die Beurteilung aller Siedlungsentwürfe sowie Verwendungsmöglichkeit freiliegender Gelände obliegt. Das kurze Bestehen des Städtebauamts und die überaus schwierigen Verwaltungs- und Geländebeziehungen, welche durch den Zusammenschluß von 8 Städten, 57 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken mit zusammen rund 4 Millionen Einwohnern und die sehr verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten dieser Orte entstanden waren, erschweren naturgemäß die sofortige Stellungnahme zu der Frage der Errichtung von Dauerkolonien trotz der vollen Anerkennung dieser berechtigten Forderung der Kleingartenverbände.

Mit der fortschreitenden Entwicklung des Bebauungsplanes von Groß-Berlin werden nun laufend die Flächen für die Dauerkolonien festgesetzt werden unter steter Berücksichtigung der Verkehrsverhältnisse sowie auch der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kleingärtner. Jeder Bezirk muß sich überlegen, wie er um sein dichtbestelltes Gebiet, in dem den Bewohnern kein Gartenland zur Verfügung steht, einen Kranz von Kleingärten legen kann. Sache der Zentrale ist es, dann in diese Vorschläge System zu bringen und diese Dauerkolonien durch Grundzüge zu verbinden, so daß das ganze große Siedlungsgebiet Berlins durch Grünanlagen der verschiedensten Art durchzogen ist. Bei den neuen Siedlungsgebieten aber soll Haus und Hof räumlich möglichst zusammen liegen. Der Bau von Dauerwohnlands in den verschiedenen Pachtgebieten kann in der Form, wie er teilweise ohne jede Baueinwilligung und meist ohne Einwilligung der Grundeigentümer geschehen ist, nicht immer gutgehen werden. Diese Wohnlands können nur als Notbehelf angesehen werden. Mit Rücksicht auf die derzeitigen Verhältnisse ist gegen die Errichtung guter Dauerwohnlands als einer Vorstufe zur Siedlung nichts einzuwenden, derartige Lands gehören dann aber in eine Siedlungskolonie, ihre ganze Eigenart sowie die zum Teil mit ihr verbundene größere Viehhaltung sind dem Charakter der reinen Kleingärten entgegen, das wird in den meisten Kreisen der Kleingärtner auch empfunden.

Die Landbeschaffung für Kleingartenzwecke ist heute bereits sehr schwierig. Die Stadt Berlin hat von ihrem Grundbesitz sehr große Flächen zur Verfügung gestellt und, soweit die Mittel es erlaubten, auch in anderer Weise die auf den Geländen arbeitenden Kolonien unterstützt. Die Eisenbahnverwaltung hat ebenfalls ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern reichliche Landflächen für Kleingärten gegeben und unterstützt die Bestrebungen weiter. Privates Gelände ist in Berlin in weitem Ausmaß der Kleingartenbewegung überlassen und zum Teil auch durch Zwangspachtverfassung ergriffen worden. Aber immer noch gibt es Stellen, auch staatliche, die sich ablehnend verhalten, und die die großen volkswirtschaftlichen Vorteile, die durch die Anlage von Kleingärten geschaffen werden, nicht einsehen wollen.

Hier wird es Sache der gesetzgebenden Körperschaften sein, weiterhin einzugreifen. In Berlin sind zurzeit auf rund 6000 Hektar 165 000 Kleingärtner vorhanden. Es ist dies eine stattliche Zahl und ein bedeutender Fortschritt. Noch bleibt vieles zu tun. Das ist nur Schritt für Schritt im Rahmen der derzeitigen Bestimmungen geschehen kann, geht aus dem Vorhergesagten hervor. Auch die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen dazu, manchen Wunsch zurückzustellen. Durch die Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung ist aber der gesetzliche Rahmen geschaffen, der die Wege für eine günstige Entwicklung des Kleingartenwesens freimacht. Den unsicheren ganz willkürlichen Pachtverträgen der früheren Jahre ist ein Ende bereitet. Der Kleingärtner kann nicht mehr überfordert werden, der Genuß seiner Hände Arbeit, die er auf das Pachtland verwendet, ist ihm gesichert, und das ist die Hauptfrage. Mögen die wirtschaftlichen Verhältnisse sich so entwickeln, daß es möglich ist, das Kleingartenwesen noch mehr als dies in den letzten Jahren bereits geschehen ist, zu fördern.

## Großgrundbesitzer

In ständig steigendem Umfange tragen trotz der miserablen Finanzlage Berlins die einzelnen Bezirksämter der Forderung nach Schaffung von Schulgärten Rechnung. Der bildende gesundheitliche Wert der Schulgärten liegt derart klar zutage, daß man nicht besonders darauf hinweisen braucht. Fragt die Kinder, die das Glück des Besites eines kleinen

Schulgärtchens haben und ihr werdet strahlende Kinder-  
augen sehen.

Das in vieler Hinsicht hin auf dem Gebiete der Jugend-  
pflege vorbildlich arbeitende Bezirksamt Friedrichs-  
hain eröffnete am vergangenen Freitag in der  
Kochowstraße seinen zweiten Schulergarten, der Par-  
zellen für rund 500 Kinder enthält. Bei der schlichten Er-  
öffnungsfester gab die sehr rührige Genossin Demming  
ein Bild der Entwicklung dieses Schulergartens. Obwohl  
er erst im Juni zur Bepflanzung den Kindern freigegeben  
wurde, die kleinen Großgrundbesitzer — jedes Kind hat zwei  
kleine Parzellen — habe fleißige Arbeit geleistet. Alle  
Sorten Gemüse und Nutzpflanzen sind vertreten. Auf die  
großen Kohlrabi und sich jetzt schließenden Kohlköpfe sind  
die kleinen Gärtner aber auch mit Recht sehr stolz. Einige  
Schülerinnen haben auch ihres Vaters gedacht, durch das  
Pflanzen einiger Stauden Tabaks. Hoffentlich schmeckt er  
nach der Ernte nicht gar zu scharf. Herzzerrend ist die  
Liebe und die Sorgfalt, mit der die Kinder ihre Pflanzen,  
darunter auch Blumen, pflegen.

Eine Gesangsgruppe von Mädchen brachte bei der Er-  
öffnungsfester einfache und doch so unendlich schöne Volks-  
lieder mit guten Stimmen zu Gehör. Ein Bravo den kleinen  
Sängerinnen. Die 3a Mädchen-Abteilung der Fichte-  
Turner zeigte ihr Können in Freiübungen und Volks-  
tänzen. Sie waren sehr bei der Sache und leisteten gutes,  
besonders die kleine, schneige Vorturnerin.

Es ist dringend zu hoffen und zu wünschen, daß auf dem  
Gebiete der Schulergärten Berlin noch viel mehr als bisher  
leistet im Interesse der geistigen und körperlichen Entwik-  
lung unserer Kinder und auch in dem nicht hoch genug anzu-  
schlagenden Bestreben, die Kinder mehr und mehr den sit-  
tlichen und körperlichen Gefahren der Straße zu entziehen.

## Ein Aufrechter

Als gelegentlich des Raubmordes aller Welt zum  
Bewußtsein kam, in welcher Gefahr das deutsche Volk durch  
die monarchistisch-nationalistische Agitation gefährdet wurde,  
erhob sich von neuem die Forderung nach Säuberung  
der Verwaltung von reaktionären Elementen. Diese  
Säuberung ist aber nicht nur in Reich und Staat, sondern  
auch in der Kommune notwendig. Bei der Berliner  
Straßenbahn auf dem Bahnhof W in Trestow, Eisenstraße,  
amtiert ein Herr Erhardt als Oberbahnstufvorsteher.  
Während des Weltkrieges zum Halboffizier aufgerückt,  
glaubte er nach seiner Reklamation die Methoden des  
Korruptionshofes auch dem Straßenbahnpersonal gegenüber in  
Anwendung bringen zu können. Dieses böbliche Bestreben  
erlitt durch den 9. November 1918 eine jähe Unterbrechung  
und E. stellte sich auf den doppelten Boden der ge-  
gebenen Tatsachen. Da kam der Rapp-Putsch  
und alle Möglichkeiten monarchistischer Betätigung waren  
wieder gegeben. Mit allen Mitteln versuchte er, die Leute  
zur Arbeit zu bringen. Als das Rapp-Unternehmen  
zusammenbrach und Herr E. zur Verantwortung gezogen  
wurde, stellte sich bei ihm das Gegenteil von dem vorher  
bewiesenen Mut ein. In klüglicher Weise bettelte er Ar-  
beiterschutz und Vertrauensleute um Schonung an. Als  
der Herr in Gegenwart von vier Jungen sein Ehrenwort  
gab, daß das Personal in Zukunft keinen Grund zur Klage  
über ihn (E.) haben solle, wurde der Antrag auf Ent-  
lassung gegen ihn zurückgezogen. Er hielt sein Wort bis  
zur Beendigung des Streiks im Februar dieses Jahres.  
Die Anordnung des Magistrats, 10 Prozent der Belegschaft  
vorläufig nicht einzustellen, benutzte er, um sein Mütchen  
zu kühlen. Der Fahrer Hausen, der während des Rapp-  
Putsches ihm gegenüber für die Republik eingetreten war,  
wurde als erster nicht wiederingekleidet. Auch dem Büro-  
personal stellte er anheim, Leute zur Entlassung namhaft  
zu machen. Als der Rastenechelle Haase ihn auf das  
unmoralische seines Tuns aufmerksam machte, an den Rapp-  
Putsch erinnerte, und daß eine ähnliche Zeit wiederkommen  
könnte, erklärte der Herr: „Ach was, die Regierung ist er-  
ledigt, da haben wir nichts mehr zu befürchten.“ Anlässlich  
des Attentats auf den Reichspräsidenten  
a. D. Scheidemann, brachte die Nachricht als erster der

## Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(24. Fortsetzung.)

Er hatte gesagt: „Die Gerechtigkeit mißt mit zweierlei Maß, es gibt keine Gerechtigkeit. Es gibt nur solche, die Recht haben, und solche, die Unrecht haben.“

Und so sehr man sich dagegen wehrte, es zu glauben, man sah, es war wahr. Es ergaben sich immer die Fälle, die es wahr zeigten.

Für die Armen ist das Recht nicht gemacht — sie hatten ja auch nichts dabei zu sagen — es ist nur ein Reichenrecht, das es gibt. Armenrecht ist nur, kein Recht zu haben,“ hatte er auch gesagt.

Aber er hatte das alles und noch viel mehr nicht laut vor sich hergetragen und groß ausposaunt, er hatte es so zufällig auf der Straße fallen lassen und war weiter gegangen. Und jemand hatte es aufgehoben — und einem zweiten wurde es gezeigt — und ein dritter nahm's für voll — und so ging's wieder weiter vom dritten aus bis zum zwölften und hundertsten.

Der Schlüssel aber kümmernte sich weiter nichts mehr drum, und wenn er einmal wieder hörte, was er hatte fallen lassen, dann fragte er nur: „So, habt Ihr das auch schon gemerkt? Es gehört schon ein bißchen Geschicklichkeit dazu, das zu merken. Aber in der Welt regiert ja das Dummsein.“

Geschick will aber jeder Rheinheffe sein, und so faßte er aus purer Eitelkeit seinen zufälligen Fund nur fester in Besitz.

Der Philipp war vom Schlüssel eingeladen worden, ihn zu besuchen.

„Ihre Frau wirkt mich ja hinaus.“

„Sie ist jeden Mittwoch und Samstag über Feld, Geschirr verkaufen. Dann kannst du kommen.“

Das versprach der Philipp.

Und nun fragte der Schlüssel so mancherlei.

„Du hast's gut, du hörst ein bißchen mehr von dem, was in der Welt vorgegangen ist, als unsereiner ge-  
hört hat.“

„Ja,“ brüstete sich der Philipp.

„Und der alte Krafft — ein bißchen was fehlt ihm doch. Er ist so steden geblieben. Er hat sich zurückgezogen und hätte doch voranzziehen müssen.“

Das verstand der Philipp nicht.

„Weißt du,“ fuhr der Schlüssel fort, „wer einmal für die Freiheit gestritten hat, der muß seiner Lebtag streiten, denn die Freiheit, das ist etwas, das man nie ganz hat, und wovon man nie genug hat.“

„So, die Freiheit?“ fragte der Philipp.

„Hat auch der Krafft nie von der Freiheit gesprochen?“

„Biel,“ sagte der Philipp, „aber er sagt immer nur deutsche Freiheit, und dabei zittert's ihm in den Tränenjäden, ich hab das jedesmal gesehen.“

„Siehst du,“ sagte der Schlüssel, „er sagt deutsche Freiheit. Da ist er steden geblieben. Aber wenn du mal groß bist, da wirst du wissen, daß es eine andere Freiheit noch gibt, das ist eine ganz große Freiheit, die kennt nicht deutsch oder französisch, die kennt nur den Menschen. Wäre der Krafft in seiner Freiheit geblieben und mit seiner Freiheit weitergezogen, statt in seinen vier Wänden still zu werden, so wäre er auch zur Menschenfreiheit gekommen, und wäre nicht über 1870 und Kaiserium und Gott weiß was gestolpert. Das ist auch einer, der gewußt hat, wo der Baum die Wurzeln hat, der aber nicht gefragt hat, wohin er hätte wachsen können. Schade um ihn!“

„Es gibt aber doch so bald keinen mehr wie er?“ fragte der Philipp, der ein wenig beirrt war.

„Das ist gerade das Schlimme an ihm. Gerade so einer, wie er ist, der muß ganz vorn voraus sein.“

„Sie meinen wegen dem Pfarrer?“

„Ja mein wegen der ganzen Welt und wegen dem ganzen Leben. Ich mein wegen dir und mir und allen armen Teufeln. Wegen denen mein ich, die dumm gehalten werden und denen, die ins Helle, in den helllichten Tag hinein wollen und immer in der Düsterei gehen müssen, wegen denen mein ich.“

„Aber was er uns lehrt, das wird doch nit in der Volksschul gelehrt?“

„Das nicht — aber an ihm hat's ein gut Teil ge-  
legen, und er hält uns eine Volksschul schaffen können,  
in der man lehrt, was man auch lehrt. So ist's nur  
für die Benigen, die's hahlen können. Aber es müßt  
für alle sein.“

Sie gingen still nebeneinander her.

Der Schlüssel fing dann wieder an:

„Du müßt mich aber recht verstehen: ich halt ihn hoch.“

Aber das hindert nicht, daß ich manchmal einen rechten  
Jorn auf ihn hab. Nur ein bißchen fehlt mir manch-  
mal, da tät ich sagen, wie Christus gesagt hat: die nicht  
falt sind und nicht warm sind, die lau sind, die will  
ich ausspeien aus meinem Munde. Aber er ist ja mehr.  
Er ist nur steden geblieben. Er ist alt geworden. Gut  
dich mal vorm Altwerden, Philipp. Da wird man wie  
ein hohler Weidenbaum. Man hat noch ein paar grüne  
Gerten, aber man kriegt keine Krone mehr. Und man  
denkt, es wäre doch gut und schön, daß man an dem  
stillen Weiber stehen könnte und immer da hinein gucken  
und sich betrachten. Aber wie man jung gewesen ist,  
da hat man an einem großen Fluß stehen wollen. Ja  
noch mehr, da hat man der Mast sein wollen von einem  
großen Schiff, das den andern voraus fährt. Und dir  
darauf späten den alten Krafft mal an. Wenn du groß  
bist und was erlebt hast. Ich, ich weiß das. Aber  
willst du jemand wissen, der jung geblieben ist?  
Jemand, der wohl auch nicht in das große Wasser hin-  
ausgekommen ist, der aber über den Kirchturm hinaus-  
gesehen hat und immer den Wind gespürt hat, der weit-  
her geweht kommen ist? Das ist die alt Bibbeth. Das  
glaubst du mir nicht? Du guckst noch auf das, was einer  
außen ist. Du müßt lernen auf das gucken, was in-  
wendig im Menschen steckt.“

Nach mancherlei Fragen und Gesprächen waren sie  
ins Dorf gekommen. Es war Abend geworden, und die  
Häuser lagen still. Straßenlaternen gab's noch keine.  
Nur der Lichtschein aus den Häusern und Läden warf  
ein wenig Helle auf die Gassen. Ganz eingeschlossen  
lag das Dorf.

Fortsetzung folgt.

Raffengehilfe Brahm nach dem Bahnhof. Im Kassenraum befand sich außer B. noch der Bürogehilfe Waldemar Schmidt. Als Erhardt den Kassenraum betrat und Brahm ihm das Attentat berichtete, äußerte E.

„Wenn sie den Landesverrat nur richtig getroffen hätten!“ Diese Äußerung wurde von Schmidt dem Schaffner-Vertrauensmann Sachs mitgeteilt. Als Schmidt später mitgeteilt wurde, daß die Sache weiter verfolgt wird, bat er, davon Abstand zu nehmen, da er Nachteile für sich befürchte. Als die Angelegenheit ruchbar wurde, ließ E. Schmidt zu sich in die Wohnung kommen, wahrscheinlich um ihn zu bearbeiten. E. ist die Äußerung ohne weiteres zuzutrauen. Er war Abonnent des „Ausrechters“ und wahrscheinlich auch Mitglied der deutschösterreichischen Organisation gleichen Namens. Seine Stellung als Bahnhofsvorsteher benutzte er dazu, um die gelbe Bewegung unter den Straßenbahnern zu fördern. Für die große Mehrheit der Belegschaft des Bahnhofes ist der Herr als Leiter desselben unerträglich. Es ist die höchste Zeit, daß hier nach dem Rechten gesehen und durchgreifende Abhilfe geschaffen wird.

### So geht es aber nicht!

Die Fahrpreidemäßigung für Kriegsschadliane auf der Strassenbahn wird in Berlin voraussichtlich am 15. September eingeführt werden können. Ueber die Vorarbeiten erfahren wir, daß zwischen dem Verkehrsamt und der Zentralkasse für Kriegsschadliantensicherung der Stadt Berlin vereinbart worden ist, daß die Zentralkasse die Ausweisung von Ausweisen übernimmt, auf Grund deren die Kriegsschadlianten die Ermäßigung erlangen werden. Die Ausweise selbst, die mit dem Lichtbild des Inhabers versehen sein müssen, werden von der gleichen Stelle alle Vierteljahre abgestempelt, weil gleichzeitig eine Nachprüfung des Einkommens des Kriegsschadlianten erfolgt. Die Einkommensgrenze wird auf 30 000 Mark im Jahre festgesetzt. Die ersten Ausweise sollen zum 15. September ausgeben und bis zum 31. Dezember d. J. gelten. Damit hat die Fahrpreidemäßigung für Kriegsschadliane, für die besondere Nachweise zum halben Fahrpreise auf Grund der Ausweise verabreicht werden, eine von der Stadtverordnetenversammlung nicht gewollte Beschränkung erfahren, die durch die Festsetzung eines Monats Einkommens von 2500 M. anstatt der neuerlichen Forderung bezeichnet ist, für die Art der Wohlfahrtskassen des Reichsarbeitsministers.

Der Reichsarbeitsminister scheint Angst vor „überfüllten“ Straßenbahnen zu haben. So ant wie seine Kriegsschadlianten werden durch diese Regelung in den Genuss der Ermäßigungen kommen. Sache der Kriegsschadlianten und der Arbeiterparteien sowie der Stadtverordnetenversammlung wird es sein, gegen eine solche Regelung der Angelegenheit nachdrücklich Protest zu erheben und eine bedeutende Erhöhung der Einkommensgrenze durchzusetzen.

### Protest gegen die Mieterhöhung

Der Gau Berlin des Bundes deutscher Mietervereine schreibt uns: Die vom Berliner Magistrat am 16. d. M. festgesetzten Zuschläge nach dem Reichsmietengesetz haben das Bestreben weiter Mieterkreise ausgelöst, da sie nicht nur nach den wirklichen Verhältnissen zu hoch gegriffen sind, sondern auch die vom Preussischen Wohlfahrtsministerium festgesetzten Höchstgrenzen übersteigen. Von den Mieterorganisationen waren dem Magistrat vor der Festsetzung Vorschläge für die Bemessung vorgelegt worden, die auf Grund gesammelten Materials eingehend geprüft waren. Diese Vorschläge wurden nicht berücksichtigt. Der Gau Berlin im Bundesdeutschen Mietervereine hat sich daher an den Herrn Reichsarbeitsminister und den Herrn Oberpräsidenten gewandt, der Bestimmung des Magistrats die Zustimmung zu verweigern.

Da nach der Magistrats-Verordnung fast alle Reparaturen des praktischen Gebrauchs dem Vermieter abgenommen sind, so wird durch deren jetzt unbedingte notwendige Vornahme der Mieter ungebührlich belastet, zumal der Vermieter jahrelang nichts an Reparaturen ausführen ließ. Es klingt geradezu ungeheuerlich, wenn für die wenigen jetzt dem Vermieter noch verbleibenden Reparaturen der Mieter 50% seiner Jahresmiete allein an Instandsetzungszuschlägen zahlen soll.

Von der organisierten Mieterschaft wird gefordert:

1. Entfernuna aller bereits in der Friedensmiete enthaltenen Bestandteile, deren heutige Kosten umgelegt werden müssen.

2. Angemessene und berechnete Festsetzung der Zuschläge nach den Vorschlägen des Gau Berlin im Bunde Deutscher Mietervereine.

3. Klare Stellungnahme dahin, daß Reparaturen, die bisher dem Vermieter oblagen, aber infolge seines Verzuges nicht zur Ausführung gelangt sind, nicht nach dem Reichsmietengesetz auf Mieterkosten gemacht werden dürfen.

Jede andere Politik heißt den Mietern Sand in die Augen streuen. Wir warnen vor den Folgen.

In anderen Städten, in denen die Magistrate ähnliche hohe Zuschläge festsetzen, haben die Kommunal-Aufsichtsbehörden bedeutende Abstriche gemacht. Die Berliner Magistrats-Festsetzungen erscheinen ungeheuerlich, wenn man in Betracht zieht, daß für Erfurt insgesamt nur 140% Zuschläge festgesetzt sind, wobei noch „alle Reparaturen“ von dem Vermieter auszuführen sind.

Von der organisierten Mieterschaft Berlins werden überall Protest-Versammlungen gegen die Festsetzung erfolgen. Sollten die Aufsichtsbehörden nicht eingreifen, so können die Spitzenverbände der Mieterschaft für die Folgen hieraus nicht einstehen.

Ueber Bayerns Verrat am Reich“ wird Hauptmann Dr. Schübinger aus München am Dienstag, den 22. August, 7 1/2 Uhr in einer Versammlung, in den Kammerzalen (Halle des Tor) unter dem Vorsitz Hellmut von Verlags sprechen, die einberufen ist von der „Junge Republik“ und der

„Deutschen Liga für Menschenrechte“. Außerdem sprechen Abg. Dr. Kurt Rosenfeld über „Bayernrecht und Reichsrecht“ und Major Müller-Brandenburg über „die Notwendigkeit der Reorganisation der Reichswehr“.

Die Volksbühne Neufökn wird am Montag, den 21. August d. J., wieder eröffnet.

Konzerte des Philharmonischen Orchesters. In der kommenden Woche veranstaltet das Philharmonische Orchester folgende städtischen Volkskonzerte:

Brauerei Friedrichshain, Montag, den 21. August, abends 8 Uhr. Brauerei Köpenick, Dienstag, den 22. August, abends 8 Uhr. Germania-Prachtäle, Freitag, den 25. August, abends 8 Uhr.

Öffentliche Gesangs-konzerte. In der kommenden Woche veranstalten Berliner Gesangsvereine auf städtischen Plätzen nachstehende Konzerte: 20. August ab 12.30 Uhr nachmittags Kaiserplatz, Hermannsdorf. — 20. August ab 3.30 Uhr nachmittags Körnerpark, Neufökn. — 20. August ab 3 Uhr nachmittags Terrasse am Schillerpark, Norden. — 20. August ab 3.30 Uhr nachmittags Friedrichshain, Nordosten, Märchenbrunnen. — 20. August ab 7.30 Uhr abends Stadtpark Schöneberg. — 21. August ab 7.30 Uhr abends Park Wilmersleben, Charlottenburg. — 22. August ab 7.30 Uhr abends Stadtpark Köpenick. — 22. August ab 7.30 Uhr abends Viktoriapark, Süden. — 23. August ab 7 Uhr abends Köpenick, Norden. — 24. August ab 7 Uhr abends Reuterplatz, Neufökn. — 26. August ab 6.15 Uhr abends Volksgärten, Zentrum. — 26. August ab 7.30 Uhr abends Rudolfplatz, Osten.

Der Männerchor Sängerkreis-Clumpia, Mitglied des Arbeiter-Sänger-Bundes, veranstaltet am heutigen Sonntag nachmittags 2 Uhr eine öffentliche Gesangs-aufführung auf der Spielwiese am trochen Teich im Friedrichshain.

Unter der Maske eines Handwerkers. Gestern abend wurde der 19-jährige Kellner Walter Pflüger aus Charlottenburg in dem Warenhaus von H. Wertheim in der Leipziger Straße dabei betroffen, als er unter der Maske eines Reparaturen ausführenden Handwerkers mit Schraubenzieher und Säge Messingteile entfernnte. Man nahm ihn fest und übergab ihn der Kriminalpolizei.

Ueberfallen und schwer verletzt. Als in der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr der 35-jährige alte Hauswarter und Arbeiter Robert Köhler sein Wohnhaus Schillerstraße 22 in Regal betreten wollte, wurde er von den in demselben Hause wohnenden Gebrüder Fritz und Paul St. überfallen und schwer mißhandelt. Man brachte R. nach der Rettungskasse 35, wo der Arzt fünf Wunden am Hinterkopf feststellte. Allen Anzeichen nach handelt es sich um Missethaten.

## Gewerkschaftliches

### Gehaltsbewegung im Bankgewerbe

Vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangehörigen wird uns geschrieben:

Der Reichstarif im Bankgewerbe sieht in veralteter Methode ein Rahres ein kommen vor, das notwendigerweise gegenwärtig monatlichen Veränderungen unterliegt. Es ist zu hoffen, daß so bald wie möglich mit dieser unangenehm Einrichtung aufgeräumt wird. Dazu kommt, daß das Gehalt sich aus seltenem Gehalt, Feuerungsabgabe, Gratifikation und Uebertenerungs- sowie Befahrungszulage zusammensetzt. Unserer Auffassung nach ist es an der Zeit, wie in allen anderen Tarifen, ein festes monatliches Einkommen, das den jeweiligen Feuerungsverhältnissen Rechnung trägt, festzusetzen. Am 4. Juli ist ein Abkommen getroffen worden, nach dem die Gehälter für Juli und August 1922 die gleichen sein sollten. Anfang September sollte unter bestimmten Voraussetzungen die Ueberprüfung der August-Feuerungsabgabe möglich sein. Diese Voraussetzungen sind bereits jetzt eingetroffen. Unerachtet der Revision der August-bezüge haben wir die Zustimmung einer außerordentlichen Beihilfe für August 1922 gefordert. Mit Schreiben vom 15. August hat der Reichsverband der Bankstellungen erklärt, daß er auf die vereinbarten September-Verhandlungen verzichtet und seinen Mitgliedern es freistellt, mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse, den Angehörigen ausnahmsweise die Augustbezüge bereits vom 18. d. M. ab auszuschütten, um der neuerlichen Steigerung der Lebensunterhaltungskosten Rechnung zu tragen. Hieran wird die scherzhaft Bemerkung geschlossen, daß der von uns erhoffte Friede dadurch schneller erreicht würde, als bei einer Zahlung nach Verhandlungen möglich gewesen wäre. — Wir haben daraufhin am vergangenen Tage den Herrn Reichsarbeitsminister um beschleunigte Einberufung des Schlichtungsausschusses ersucht, damit den Bankangehörigen durch Zahlung einer außerordentlichen Beihilfe das Einkommen gewährt wird, das sie infolge der rapide gestiegenen Kaufkraft des Lohnes nötig haben.

### Generalversammlung der Eisenbahner

In der Generalversammlung des deutschen Eisenbahnerverbandes am 18. August in den Sophienzalen erstattete der Bevollmächtigte Führer den Geschäftsbericht für das 2. Quartal.

Er wies einleitend auf die gewaltige Steigerung der Kosten der Lebenshaltung hin, die keineswegs durch die Erhöhung der Gehälter und Löhne ausgeglichen wurde. Die Spannung zwischen den einzelnen Gruppen ist gestiegen. Es muß Aufgabe der Organisation sein, die schlechter bezahlten Gruppen zu berücksichtigen. Nach dem bisher vorliegenden Ergebnis wird ab 1. September eine Erhöhung des Stundenlohns von 11.— M. eintreten. Die Kinderzuschläge betragen für das Alter von 1—8 Jahren 970.—; von 8—14 Jahren 12150.—; von 14—21 Jahren 14 880.— M. Infolge des Uebergangs in die Privatindustrie ist trotz der Neuaufnahme von 557 Mitgliedern ein

geringer Mitgliederverlust eingetreten. Die Betriebsratswahlen haben für den DGB einen Erfolg gehabt. Der Erfolg würde noch größer gewesen sein, wenn nicht durch Aufstellung der „revolutionären“ Liste eine gewisse Zersplitterung eingetreten wäre. Trotzdem die Verhandlung auf die Konsequenzen des Ausstellens eigener Listen hingewiesen hatte, sind von einem Teil der Mitglieder die Anweisungen der Kommunistischen Gewerkschafts-Internationale befolgt worden. Deshalb ist der Ausschluß verschiedener Mitglieder erfolgt. Außerdem ist inzwischen die Wahl der Ortsverwaltung und die Delegiertenwahl zum Verbandstag vorgenommen worden. Die Arbeiten an der Statistik, die der Statutenberatungskommission und im Bildungsausschuss sind mit Erfolg aufgenommen worden. Wenn in Zukunft ein besseres Zusammenarbeiten erfolgt, wird der Aufschwung des DGB. unausbleiblich sein.

Nach der Erstattung des Kassenberichts gab Beise (Wahlkommission) das Ergebnis zu den Delegiertenwahlen zum Verbandstag bekannt.

In der Diskussion forderte Schiller die Einsetzung eines neuen Untersuchungsausschusses wegen des Ausschlusses der A. P. Mitglieder. — Von anderen Rednern wurde die Taktik der kommunistischen Fraktion und ihre Zerstückelungsarbeit ins rechte Licht gerückt. Es wurde darauf hingewiesen, daß wohl der Ausschluß von vier Kollegen Enttäuschung hervorruft, das Todesurteil gegen 14 Sozialisten aber bei den Kommunisten Billigung findet.

In außerordentlich Weise widerlegte Führer die Ausführungen der kommunistischen Diskussionsredner. Die kommunistischen Anträge wurden mit überarößer Mehrheit abgelehnt. Nach Erledigung der Anträge: Erhöhung des Lokalausschlusses ab 1. Oktober für männliche Mitglieder 3.— M., für weibliche 2.—, Erhebung eines Jahresbeitrags von 12.— für die Jugendbewegung um, wurde R. (A. P.) nach den früher gefassten Vereinbarungen für das ausgeschlossene Mitglied Schimena gewählt. In den Bildungsausschuss wurde Hoffmann, Schmidt, Borchardt, Knopp gewählt.

### Neue Löhne im Buchdruckgewerbe

Am Freitag wurde vor dem Tarifausschuss der Buchdrucker eine Einigung in der Lohnfrage für das Buchdruckgewerbe erzielt. Danach erhöhen sich die Wochenlöhne ab 20. August in der Lohnklasse C (Weibchen im Alter über 21 Jahre) für Verheiratete um 400 bis 500 Mark, für Ledige um 380 bis 480 Mark; ferner ab 1. September für Verheiratete der Lohnklasse C um 200 bis 300 Mark und für Ledige um 240 bis 300 Mark. Abminderungen nach Altersklassen erfolgen auf der Grundlage des bisherigen Verhandlungsergebnisses. Die Maschinenführer erhalten außerdem eine wöchentliche Leistungszulage in Höhe von 40 bis 60 Mark. Für die Hilfsarbeiter gelten die bisherigen Prozentsätze des Reichstarifes.

Das neue Lohnabkommen gilt bis einschließlich 16. September. Neue Verhandlungen sind bereits anberaumt.

### Betriebsräte! Funktionäre!

Aus verschiedenen Großbetrieben erhielten wir die Anregung, über die Notwendigkeit und die Methode der Betriebsratsbildung und der Betriebsrätefunktionäre zu sprechen. Wir weisen darauf hin, daß die Betriebsratschule gerne bereit ist, da, wo es gewünscht ist, Referenten zu entsenden. Jedoch ist es notwendig, daß uns das Statuten der betr. Etzungen hinsichtlich der vorher bekanntgegeben wird. Sonst ist es unmöglich, allen Betrieben in gleicher Weise Rechnung zu tragen.

Hörerkarten (zum Preise von M. 15.—, für Arbeitslose unentgeltlich) sind in den Ortsverwaltungen der Arbeiter- und Angestelltenvereine, sowie im Büro der freigeberischen Betriebsrätezentrale erhältlich. Dort kann auch Propagandamaterial (Unterrichtsverzeichnisse und Plakate) in gewünschter Anzahl gefordert werden.

Betriebsräte und Funktionäre! Sorgt dafür, daß eure Kollegen sich für die künftigen Arbeitskämpfe im Interesse der Arbeiterbewegung durchzuführen. Werbt für den Besuch der Betriebsratschule!

Freigeberische Betriebsratschule.

### Die Lohnforderungen der städtischen Arbeiter

Die Verhandlungen, die heute vormittag zwischen dem Vertreter des Magistrats und der Tariffkommission der städtischen Arbeiter über die für August geforderte Stundenlohn-erhöhung um 14,10 M. haltgefunden haben, sind zu einem endgültigen Abschluß gekommen. Sie wurden auf übermorgige Woche vertagt, weil in der kommenden Woche der Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter die Abwesenheit der Organisationsvertreter bedingt und so dem festgesetzten Termin auch das Stadtparlament wieder zusammengetreten ist. Dem Magistrat wurde empfohlen, bis zur endgültigen Regelung, die auf der Basis der Lohnregelung für die Reichs- und Staatsarbeiter erfolgen soll, Vorküsse an die städtischen Arbeitnehmer auszahlen zu lassen.

### Zum Streik im Eisenhandel

Ein Teil der Presse brachte am Mittwoch die falsche Notiz, daß Verhandlungen im Eisenhandel im Gange seien, die zu einer Beilegung des Streiks führen würden. Wir stellen fest, daß gegenwärtig im Eisenhandel keinerlei Verhandlungen gegenständig geführt werden. Es ist lediglich mit den Arbeitgebern des Röhrenhandels verhandelt worden und auch dort ist bis zur Stunde eine Einigung noch nicht erfolgt. Der Streik geht infolgedessen in allen Betrieben weiter.

Wir rufen erneut an die Arbeiter und Arbeiter aus dem Röhrenhandels- und Expeditionsbetrieben das Ersuchen, unbedingt Solidarität mit den Streikenden zu halten. An die Transportarbeiter der Metallindustrie rufen wir das dringende Ersuchen, die jetzt eingehenden Waggons mit

**WENESTI RUND**

**FEINE MILDE CONSUM-ZIGARETTE**

MIT UND OHNE GOLD!



# GARDINEN

Alte Vorräte, daher billige Preise  
Einige Beispiele:

- Künstler-Garnituren 550 00  
2 Schals, 1 Behang..... von Mark
- Madras-Garnituren 775 00  
reich bestickt, in allen Farben.... von Mark
- Halbstores 475 00  
reizende Muster..... von Mark
- Bettdecken 650 00  
moderne Ausführung..... von Mark
- Gardinestoffe 85 00  
pa.engl.Tüllgewebe i.all. Breit. Mtr. von Mark

Handlief-Stores u. Bettdecken für jeden Geschmack in größter Auswahl  
weit unter heutigem Herstellungspreis

**Großdetail-Gardinen-Etagen**  
**Fried's Gardinenhaus** | **Weininger & Co.**  
Prinzenstraße 94 | Große Frankfurter Str. 104  
am Moritzplatz | am Strausberger Platz  
(Hochbahnstation Prinzenstr.) | (nahe Adressstraße)

**Gutschein**  
über 5% Extra-Rabatt

Wegen der täglichen Preissteigerungen  
empfehlen wir unserer Kundschaft,  
sich ihre Einkäufe möglichst rechtzeitig,  
eventl. durch Anzahlung zu sichern.

Keine Läden.

# Nutze dein Herdfeuer!

## Persil, das selbsttätige Waschmittel

reinigt und bleicht die Wäsche  
in einmaligem kurzen Kochen und  
bringt durch Mitbenutzung des  
täglichen Herdfeuers für die  
Wäsche größte Kohlenersparnis. \*)

\*) Um alle Vorteile voll auszunutzen, ist die Befolgung  
der Paket-Gebrauchsanweisung nützlich: Persil wird  
in kaltem Wasser aufgelöst und wirkt am besten  
ohne Zusatz von Seife und Seifenpulver.



## Die Kommunistische Internationale

Seeben erschien

Seeben erschien

Nr. 21

Aus dem Inhalt: Karl Radek: Der Kampf um die proletarische Einheitsfront / N. Lenin: Unter der Fahne des Marxismus / A. Thalheimer: Skizze der Geschichte der Einheitsfront in Deutschland / J. Jaroslowski: Der XI. Kongreß der KPR. / G. Sinowjew: Der Weg unserer Partei / E. Varga: Der alte und der neue Pazifismus / A. Losowski: Die Anarcho-Syndikalisten und die Profintern / Louis Sellier: Die sozialistischen Diener des reaktionären Frankreichs / L. Wardin: Die sozialrevolutionären Mörder und die sozialdemokratischen Advokaten (Tatsachen und Dokumente) / L. Trotzki: Zur Lage in der Kommunistischen Partei Frankreichs / Ivon Jones: Der Arbeiteraufstand in Südafrika / Ch. Kabaktschiff: Die Balkanpolitik der Entente u. a.  
136 Seiten und 4 Illustrationen

Preis Mark 60.—

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnley, Hamburg 8

**Alle Seifenhändler**  
decken ihren Bedarf  
in Toilettenseifen, 1a Kernseifen,  
Seifenpulver usw.  
im Seifenlager  
**Emerich A. Salgo**  
N 54, Lothringer Straße 33, Hof  
Fernsprecher: Nordsee 1974

**Garderoben**  
Herbst u. Winter  
für Herren: Anzüge, Schüpfzer, Hosen,  
für Damen: Kleider, Mäntel,  
Kostüme, Röcke  
auf  
**Teilzahlung**  
**Grebler, Weinbergsweg 4**

**Spezialarzt**  
für Haut-, Horn-, Frauen-  
leiden, Syphilis, Salvar-  
sankuren, Blahuntersuch.,  
Andrologien, Mannsch., Gamas reyer,  
19-1, 4-7 1/2, Sonn. 10-12  
zwischen Hauptbahnhof und  
Königsplatz.

Allgem. Ortskrankenkasse  
Berlin-Weißensee.

Am Montag, den 28. August  
1922, abends 6 Uhr, findet im  
Restaurant „Zum Berliner Hof“  
zu Berlin-Weißensee, Kronplatz,  
eine

außerordnl. Ausschusssitzung  
mit folgender

Tagesordnung

1. Bericht der Jahresrechnungs-  
prüfer.
  2. Beschlußfassung über die Ent-  
lastung des Vorstandes und des  
Rechnanten.
  3. Beschlußfassung über Änderung  
der §§ 20 Abs. 1 Ziffer 1 und  
25a der Satzung (betr.  
Familienhilfe).
  4. Kostenangelegenheiten.
- Zum Eintritt sind nur be-  
rechtigt die mit einer Einladung  
versehene Ausschusssmitglieder.  
Der Vorstand.  
Brühmüller, Vorsitzender.

**Zahngüsse**

Gold, Silber usw.  
nach dem Selbstge-  
brauch. Händler:  
Strasse 35 L. Zahn-  
fahrgehilfvergütung

**Zeichföhrer**

6 u. nach, laut Bild  
H. Steckmann  
Berlin W 9, Reichs-  
mer Str. 135 209 9298

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.

**Todes-Anzeige**

Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Arbeiter  
**Johann Feindt**  
Chausseestraße 80  
am 15. d. M. gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am  
Montag den 21. August 1922,  
nachmittags 1 Uhr, von der  
Leichenhalle des Krematoriums  
Berlin, Gerichtstraße, aus statt.  
Regio Beteiligung erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**

Berlin, den 21. August 1922,  
abends 7 Uhr  
aller Kollegen der Schweißbranche der  
Metallindustrie aus den Reichs-  
bezirken, Thüringen, und Grenz-  
betrieben  
in Hörsing, Heilmann, Weidlich, 17.  
Zagordnung:

1. Bericht vom Gewerkschafts-  
tagung;
  2. Beschlusssachen;
  3. Beschlusssachen;
  4. Beschlusssachen.
- Die Beschlusssachen aller Kollegen ist  
unbedingt notwendig.  
Die Ortsverwaltung.

**Betrifft Lohnvereinbarung**

in der Berliner Metall-Industrie.  
Aus den einzelnen Betrieben er-  
halten wir dauernd Anfragen, von  
welchen Seite es die neue Lohnverein-  
barung für den Monat August in  
kraft tritt. Wir machen ausdrücklich  
hierbei geltend, daß diese Lohn-  
vereinbarung mit Wirkung ab 31. Juli  
1922 Geltung hat. Die meisten ferner  
darum hin, daß bezüglich der Aus-  
gleichsfrage im Rahmenvertrag A X  
Ziffer 2 vereinbart worden ist, daß  
der Gehalt dieser Zulage für  
Arbeiter der Klasse I auf 5 Mt., und  
für Arbeiter der Klasse II auf 4 Mt.  
beruht. Auf diese Zulage dieser  
Vereinbarung kann die Erhöhung der  
Ausgleichsfrage in den Betrieben mit  
Wirkung ab 31. Juli 1922 in Kraft  
treten werden.

## Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg!!!

Haben Sie jemals den Versuch gemacht  
sich von der erstaunlichen Billigkeit meiner Warenangebote zu überzeugen?  
**Wenn nicht,**

dann bitte ich um Ihren werten Besuch, zu dem ich Sie hiermit freundlichst  
ohne jeden Kaufzwang einlade, überzeugen Sie sich von der Preiswürdigkeit,  
von der Güte aller Waren und von der riesigen Auswahl und Sie werden  
überrascht sein und bedauern, daß Sie nicht schon seit Jahren zu den  
treuen Kunden meines Hauses zählen.

Lassen Sie sich durch nichts abhalten  
die neuesten Herbstmodelle, die im ersten Stock des Kaufhauses

**Hermann Engel, Landberger Str. 85, 86, 87,**  
ausgestellt sind, zu besichtigen.

## Große Herbstausstellung und Verkauf von herrlicher Modellkonfektion!

**Elegante Wintermäntel**, teils mit edlen Pelz-  
auf reiner Seide oder pelzgefüttert, aus nur erst-  
klassigen feinen Winterstoffen, alles erstklassige  
Modelle in bester Ausführung 28 000.—,  
25 000.—, 22 000.—, 18 500.—, 16 500.—,  
14 500.—, 12 500.—, 10 300.—

**Allerfeinste Winterkostüme**, feine Atelierarbeit,  
zum größten Teil  
mit Pelz besetzt und mit allerbesten Seidenfasern,  
erstklassige Ausführung, 28 000.—, 14 500.—,  
25 000.—, 22 000.—, 14 500.—

**Wintercapes, die große Mode,**  
8500.—, 6000.—, 5600.—, 2900.—

**Dunkelblaue Winterkostüme m. Tressen**  
verzert, ganz gefüttert, 5250.—, 1998.—

**Elegante Tuch- und Velour-de-laine-Mäntel**  
6900.—, 5400.—, 4500.—, 3975.—, 2700.—  
3300.—

**Allerfeinste Modell-Nachmittagskleider**  
aus feinsten Gabardine u. Tuch in allen Modelarben  
u. neuesten Formen, 9500.—, 7900.—, 3750.—,  
6500.—, 5550.—, 4800.—

**Winter aus allerfeinsten Stoffen, meist mit  
Leder**  
verzert, 8400.—, 4400.—, 1850.—  
3975.—, 2975.—

**Elegante Abendkleider aus Velourchiffon,**  
Velvet, Crêpe marocain, Crêpe Nettil und allen  
anderen modernen Seidenstoffen, die schönsten  
der Saison, 13 500.—, 11 500.—, 4200.—  
9500.—, 8500.—, 6500.—, 5400.—

**Pelzmäntel**  
aus Persischer, Nutria, Nerzmarmel, Fohlen, Wild-  
katze, Seeland, Seal-Bisam, Seal-Electric, Skunks-  
Kanis, Slinkskreuz,  
aus Skunks, amerik. Opossum, Seal-Electric, Nerz-  
marmel, Silberfuchs, Weißfuchs, Blausfuchs, Na-  
turfuchs und vielen anderen Fellarten.

**Herren-Pelz-Joppen, Herren-Pelz-Kragen, Echte Virgin Ottern**  
in prachtvoll.  
Exemplaren.

Entzückende garnierte Modell-Hüte u. Fassons. \* Pelz-Hüte.  
Neueste Modelle in Luxuswäsche.

**Teppiche, erste Fabrikate, Läuferstoffe, Vorhangstoffe,**  
Künstlergarnituren, engl. Tüll, 2 Schals, 1 Quisbe, 975 — 750 — 675 — 399 —  
Halbstores, engl. Tüll, Herbst, Etamine, 775 — 650 — 475 — 375 —  
Halbstores, Pilot-Antique in reicher Ausführung und vielen Breiten, 3850 — 1875 — 1750 —  
Bettdecken, Herbst, Etamine mit Filz und Kissen, 1875 — 1650 — 1250 — 975 —  
Madrasgarnitur, dunkelfarben, 2 Schals, 1 Quisbe, 2250 — 1950 — 1675 —

## Verkäuferinnen für Kurzwaren und Posamenten

per sofort gesucht.  
Meldungen in der Zeit von  
11-12 vorm. und 5-7 nachm.

**Kaufhaus  
des Westens**  
Berlin W 50  
Tauentzienstr.

**100 Mark**  
wöchentlich erhalt.  
Sie bes. klein, An-  
zahlung eines n.  
Möbel sowie  
Gardinen, Bett-  
decken, Stepp-  
decken, Teppiche, Bett-  
wäse für  
wöchentlich  
**35 Mark**  
Zanderstr. 54  
Barthel.

**Metall**  
Geh. 10  
zahl. Tagespreise  
**Kupfer,  
Messing, Blei,  
Zink usw.**

Kein Laden Gegündet 1894 Lager

## Damen-Mäntel für Sommer u. Herbst

Romespun	2500	1850	1250	950	Kostüme	1850	1350	850	350
Tuch	4200	3750	2750	2250	Strickjacken	1150	1210		750
Seiden	11500	10500	7500	5500	Lodenmäntel	1250	850		250

● **Neue Winter-Konfektion**  
jetzt noch zu sehr billigen Preisen  
Winter-Öster, Astrachan-Krimmer Katzen-Jacken, Affenhaut-  
Seal-Püsch-Mäntel Biberett-Mäntel,  
Spezialität: Extra für starke u. große Damen  
M. Mosczytz, Landberger Str. 59 am Alexanderplatz,  
1. Treppe, Berlin f.  
Sonnabends und Sonntags geschlossen.

## Süchtige Verkäufer für Möbelstoffe und Teppiche

solort gesucht

Meldungen in der Zeit  
v. 11-12 vorm. u. 5-7 nachm.

**Kaufhaus  
des Westens**  
Berlin W 50  
Tauentzienstr.